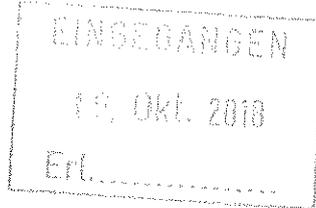


Antrag 2



1 **Nicht den Bürger die Zeche zahlen lassen - Fahrverbote für**
2 **„Dieselfahrzeuge“ verhindern.**

3 **Antrag**

4 **an den Kreisparteitag der CDU Nordfriesland am 27.10.2018:**

5 Im Mittelpunkt aktueller Diskussionen sorgt wenig so stark für Unverständnis und Wut wie
6 drohende oder bereits erlassene Fahrverbote für Dieselfahrzeuge in den deutschen
7 Innenstädten. Lehnen die Regierungsbehörden des Bundes und der Länder sowie auch die
8 meisten Politiker dies ab, so ändert sich für die Fahrzeughalter und -fahrer dadurch wenig.
9 Durch Gerichtsurteile aufgrund von Klagen von Verbänden, allen voran der an Mitgliedern
10 kleinen, aber umso lautstärkeren „Deutschen Umwelthilfe e.V.“ (DUH),¹ sind bereits in
11 Hamburg erste Fahrverbote auf einzelnen Strecken erlassen worden.² In Berlin werden
12 diese ebenfalls folgen und weitere Städte, wie Köln, aber auch bei uns in Schleswig-
13 Holstein mit Kiel drohen Fahrverbote.³

14 Die Situation zur Überschreitung der Stickoxid-Werte, vereinfacht Schadstoffwerte, ist
15 dabei wissenschaftlich nicht unumstritten, gibt es doch bereits durch natürliche
16 Gegebenheiten an manchen Orten höhere Werte, als es sie laut Gesetzesvorgaben geben
17 soll.⁴

18 Daneben ist auch höchstfraglich, inwieweit auf Straßenabschnitte begrenzte Fahrverbote
19 eine sauberere Luft in den Städten erreichen sollen, müssen die Dieselfahrzeuge doch nun
20 in derselben Stadt kilometerweite Umwege fahren.

21 Die in der Verpflichtung stehenden Autohersteller müssen dringend Vertrauen
22 wiederherstellen. Es ist für das Gerechtigkeitsgefühl der Bürger schwer verständlich, wie
23 nun schlussendlich die Fahrzeughalter „die Zeche“ für all die Probleme zahlen müssen.
24 Zum einen müssen die Verbraucher bei nötigen Umrüstungen vor einer Kostenbelastung
25 geschützt werden, zum anderen muss aber auch Ursache die einer teils bizarr anmutenden

¹ Pressemitteilung der DUH: <https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/dieselabgase-deutsche-umwelthilfe-startet-bisher-groesste-klagewelle-fuer-saubere-luft-in-deutschland/>

² <http://www.spiegel.de/auto/aktuell/hamburg-erste-diesel-fahrverbote-in-kraft-a-1210427.html>

³ Zu Berlin: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/urteil-des-verwaltungsgerichts-berlin-muss-diesel-fahrverbote-an-elf-stellen-einfuehren/23163422.html>, Zu Köln: <https://www.autozeitung.de/grossstaedte-diesel-fahrverbot-131634.html> und Kiel: <https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Umweltministerium-fuer-Fahrverbote-in-Kiel,luftreinhalteungsplan100.html>

⁴ Bspw. Prof. Klingner vom Fraunhofer Institut: <http://www.dnn.de/Dresden/Lokales/Dresdner-Professor-fordert-ideologiefreie-Debatte-ueber-Schadstoffe-durch-Autoverkehr> und <https://www.welt.de/wirtschaft/article168023901/Fraunhofer-Forscher-fordert-Lockerung-von-Feinstaub-Grenzwerten.html>

26 Diskussion, d.h. der Rechtsgrundlage für Messungen, Grenzwerte und Fahrverbote,
27 angegangen werden.

28 Die Luftverunreinigung in deutschen Städten darf nicht zum populistischen Spielball
29 werden. Umwelt- und Emissionsschutz muss angemessen erfolgen, um auch von der
30 Gesellschaft getragen zu werden.

31 Weitere Begründung erfolgt mündlich.

32 **Der Kreisparteitag möge daher beschließen:**

- 33 • Die CDU Nordfrieslands setzt sich dafür ein, entweder die punktuellen Messvorgaben
34 realistischeren Gegebenheiten anzupassen, oder auch die Gesetzesgrundlage zu
35 ändern.
- 36 • Die CDU Nordfrieslands fordert, dass betroffene Fahrzeughalter nicht die Kosten für
37 mögliche Umrüstungen oder Ersatzanschaffungen tragen dürfen.

38 **Antragssteller:**

39 Junge Union Nordfriesland